Krakauer Zeitung.

Nr. 20. Donnerstag den 25. Jänner 1866.

X. Jahrgang.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. **Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.**

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: **Haasenstein & Vogler** in **Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg** und **Wien,** und Herr **Herzog** in **Lemberg.**

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. December v. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Kämmerer Conte Savino Giorgi das Commandeurkreuz des kaiserlich mexicanischen Guadalupe-Ordens; die Gräfin Francisca Giorgi, geb. Baronin Weingarten, den kais. mexicanischen San-Carlos-Orden; der Vorstand des k. k. botanischen Cabinets Dr. Eduard Fenzl das Officierskreuz des Guadalupeordens und der Vorstand des k. k. mineralogischen Cabinets Dr. Moritz Hörnes das Ritterkreuz dieses Ordens annehmen und tragen dürfen.

Das Finanzministerium hat die Räthe der k. k. Börsekammer in Wien: Simon Winterstein, Anton Harpke, J. M. Löwenthal, Gustav Epstein, J. J. Bauer und Joh. Ribarz, nach Ablauf der gesetzlichen Dauer ihres Amtes auf weitere drei Jahre in ihren Functionen als k. k. Börseräthe bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Epilog zur französischen Thronrede.

* Das dem französischen gesetzgebenden Körper vorgelegte Exposé über die Lage des Kaiserreiches wird uns vom Telegraphen tropfenweise zugemessen. Zuerst kam Italien, Tunis und Mexico, dann die Elbherzogthümer-Frage und schließlich die in Florenz übernommene Vermittlung betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages an die Reihe. Das Actenstück ist von großer Wichtigkeit, es ergänzt und erläutert die Thronrede. In Bezug auf Italien wird das Geldarrangement mit Rom als dem Abschluß nahe bezeichnet und von der Ausführung der September-Convention mit größerer Bestimmtheit als in der Thronrede gesprochen. Von Tunis war in dieser die Rede nicht gewesen. Was über Mexico gesagt wird, schwächt die Bedeutung der betreffenden Stelle der Thronrede nicht unwesentlich ab, denn sie rückt die Räumung wieder in eine ferne, unbestimmte Zukunft. Ein gleiches gilt von der Herzogthümerfrage. Statt der unbedingten Neutralität wird der Wiener Frieden, aus dem Preußen die weitgehendsten Rechte zur Ausführung seiner Pläne ableitet, als provisorisch bezeichnet und der Wunsch ausgesprochen, die ganze Frage in einer den von Frankreich oft bekundeten Ansichten conformen Weise der Entwicklung zugeführt zu sehen. In Bezug auf die Anbahnung eines besseren Einvernehmens zwischen Wien und Florenz sagt das Exposé: Die Handelsinteressen können zwischen Oesterreich und Italien die Idee von Arrangements zur Geltung bringen, welche, indem sie die nachbarlichen Beziehungen verbessern, in der Zukunft den Weg zur Annäherung eröffnen könnten. Die französische Regierung wird immer geneigt sein, Bemühungen zu diesem Zwecke zu fördern, und sie hat den betheiligten Parteien wissen lassen, daß ihre guten Dienste ihnen im voraus gesichert seien.

Obgleich wie erwähnt die auf Mexico Bezug nehmende Stelle nicht so resignirt lautet als jene der Thronrede, scheint doch so viel festzustehen, daß der Kaiser L. Napoleon die Anerkennung des Kaiserreiches nicht unter jene französische Interessen rechnet, welche er durch Entsendung seiner Truppen wahren wollte; er erklärt, er habe nicht beabsichtigt, monarchische Proselyten zu machen. Prägnanter kann das Streichen der französischen Flagge vor der dem Republicanismus in America günstigen Monroedoctrin nicht bezeichnet werden. Nordamerika wird das Kaiserthum Mexico nun und nimmer anerkennen. Die Mexico betreffende diplomatische Correspondenz, die jüngst dem amerikanischen Congresse vorgelegt wurde, läßt keinen Zweifel darüber. Im Juli des vorigen Jahres machte die mexicanische Regierung durch Vermittlung des französischen Gesandten in Washington den Versuch, die Anerkennung des Kaiserreiches durch die Union zu erlangen; der Versuch scheiterte aber. Am 16. November schreibt Seward an Bigelow, den amerikanischen Gesandten in Paris, daß die Anwesenheit und Operation der französischen Truppen in Mexico, sowie auch die Aufrechthaltung einer Autorität im Lande durch fremde Intervention, den Vereinigten Staaten zum Mißvergnügen gereichen. Die Vereinigten Staaten können aber auch nicht umhin, Bemerkungen zu machen gegen die Autorität, die in Mexico durch französischen Schutz erhalten wird, und die einen directen Gegensatz zur Politik der Union und zu den Grundsätzen, auf denen letztere ruht, bildet. Die Erfahrungen, die sich Tag für Tag aus den militärischen Operationen ergeben, bestätigen nur die Richtigkeit der von der Unions-Regierung ausgesprochenen Ansichten, seitdem der Versuch gemacht wurde, in Mexico den Kaiserthron zu errichten. Die Vereinigten Staaten betrachten diesen Versuch noch immer als unzulässig und unpraktisch, weil sie nicht daran denken in die Compromittirung einer Situation zu willigen, die sie früher selbst angenommen hatten. Die Union werde weder jetzt noch später eine politische Institution in Mexico anerkennen, die einen Gegensatz zu der republikanischen Regierung bildet, mit welcher die Union so lange freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat. Am 30. November schreibt Bigelow, daß er Herrn Drouyn de Lhuys Mittheilung von obiger Depesche gemacht habe. Drouyn bemerkte, daß diese Depesche nicht geeignet sei, ihn zu befriedigen. Unterm 16. December schreibt Seward an Bigelow, der Präsident wünsche, daß Frankreich respectvoll unterrichtet werde: 1. daß die Union es lebhaft wünscht, eine aufrichtige Freundschaft mit Frankreich zu unterhalten; daß aber 2. diese Politik gefährlich bedroht sei, so lange Frankreich nicht anerkennt, daß die fremde Intervention und die Bemühungen, auf den Ruinen der Republik eine fremde Monarchie zu errichten, aufhören müssen. Die Union werde den Kaiser Maximilian nie anerkennen und selbst nach dem Rückzug der französischen Truppen nicht. Ein vom 18. October datirtes vertrauliches Schreiben Drouyns an Montholon erneuert die Versicherung, daß Frankreich bereit sei, seine Truppen zurückzuziehen, sobald als die Verhältnisse erlauben. Frankreich will ohne die geringste Verzögerung die Grundlagen einer Verständigung mit dem Cabinet von Washington annehmen. Was es von der Union verlangt, ist eine Garantie dafür, daß letztere nicht die Absicht habe, die Consolidirung der neuen Ordnung der Dinge in Mexico zu hindern und die wünschenswertheste Garantie wäre eben die Anerkennung des Kaiserreiches durch die Union. Am 6. December schreibt Seward an Montholon: „Nach einem nochmaligen Ueberblicke über alle Thatsachen, ist der Präsident befriedigt von der Versicherung, die Sie uns über die guten Absichten des Kaisers gegeben haben. Nichtsdestoweniger bedauere ich, Ihnen mittheilen zu müssen, daß die von dem Kaiser gestellte Bedingung dem Präsidenten unannehmbar erscheint.“ Das höchste, was die französische Regierung zu erreichen vermöchte, ist, daß Nordamerika sich Mexico gegenüber passiv verhalte. Londoner Berichten zufolge soll auch zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ein geheimes Abkommen über Mexico zuwege gebracht worden sein, dessen Wesenheit darin bestehe, daß Kaiser Napoleon sich verpflichtete, seine Truppen nach Ablauf eines bestimmten Termins heimzuberufen, wogegen die Regierung der Vereinigten Staaten sich jeder gewaltsamen Einmischung in die mexicanischen Angelegenheiten enthalten werde. Ueber den Räumungstermin lauten die Angaben verschieden, nach den Einen ist er auf ein Jahr, nach Anderen auf zwei Jahre festgestellt, die Sache selbst soll zwischen dem Kaiser und Herrn v. Bigelow persönlich abgemacht und außer Herrn Drouyn kein Anderer, auch die Minister nicht, in die Details des Arrangements eingeweiht worden sein. Von Herrn Drouyn de Lhuys soll die Frage angeregt worden sein, ob Johnson und Seward die Macht haben werden, den Congreß zu beruhigen, wenn dessen Interventionslust dringend werden sollte; die Antwort lautete, wie es heißt, sehr zuversichtlich dahin, daß der Congreß in auswärtigen Angelegenheiten der Weisheit und Erfahrung des Staatssecretärs volles Vertrauen schenke, und daß das Volk der Vereinigten Staaten zu großen Opfern bereit sei, um die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich ungestört zu erhalten.

In der „Glocke“ finden wir folgende beachtenswerthe die Räumung Mexico's betreffende Andeutung: Es wird, schreibt das officiöse Blatt, wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Sprache, welche die Vereinigten Staaten in Paris geführt, den Entschluß zur Rückberufung der französischen Truppen aus Mexico wesentlich gefördert, obschon man auf der andern Seite nicht außer Acht lassen darf, daß diese Rückberufung und der Zeitpunct derselben schon durch den mit dem Kaiser — damals noch Erzherzog — Maximilian in Miramare geschlossenen Vertrag vorgesehen war. Mag indeß unter den gegebenen Umständen die Räumung Mexico's sich früher vollziehen, als es vielleicht schon der Fall gewesen wäre, so sind doch auf der anderen Seite die bündigsten Zusicherungen des Kaisers der Franzosen vorhanden, daß er auch nicht die kleinste Truppenabtheilung zurückziehen werde, wenn der Kaiser von Mexico ihm eine etwa entgegenstehende bestimmte Verpflichtung nicht ausdrücklich erlasse, und daß er, so lange noch eine einzige französische Fahne auf mexicanischem Boden wehe, jeden Angriff auf Mexico von Außen her als einen gegen Frankreich selbst gerichteten Angriff anzusehen entschlossen sei.

Krakau, 25. Jänner.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 23. d. bringt zwei sehr heftige Artikel gegen Oesterreich, speciell gegen die Wiener Blätter. In dem ersten wird Oesterreich vorgeworfen, daß es seit 1850 fünf Mal ein Bündniß mit Frankreich gegen Preußen gesucht und nur Frankreichs Einwilligung nicht erlangt habe. Mit welcher Stirn wollten die officiösen Wiener Organe nun wagen, die preußische Politik anzuklagen, wenn diese durch rasche Entschlüsse der Gefahr, sich plötzlich feindlichen Bestrebungen gegenüber zu sehen, begegnete. Der zweite Artikel dementirt die österreichischen Nachrichten über gewisse Aeußerungen des Grafen Bismarck.

Zu den man weiß nicht wie entstandenen Gerüchten, daß Oesterreich die schleswig-holsteinische Frage einer internationalen Behandlung unterziehen will, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Wir geben den österreichischen Blättern die Versicherung, daß wir nicht über „Vaterlandsverrath“ schreien würden, wenn Oesterreich die Intervention des Auslandes anrufen sollte. Denn in diesem Augenblick würde Preußen eben nur der Großstaat Preußen sein, den man von der Zwangsjacke der Verträge befreit hat, die es nur zu sehr gegen seine eigenen Interessen eingegangen ist und die es, trotz der ihm dadurch erwachsenen Opfer treulich gehalten hat um seines gegebenen Wortes willen. Und dieses Preußen, dem man dann seine ganze Elasticität, seine ganze Kraft wiedergegeben haben wird, würde in der glücklichen Lage sein, ohne andere Rücksicht, als die seines eigenen Nutzens, seine Freunde zu wählen und den Machinationen seiner Feinde entgegen zu treten.

Aus Madrid wird berichtet, es sei wahrscheinlich, daß der Belagerungszustand am 24. d. aufgehoben werde.

Der „Czas“ findet, daß es der französischen Thronrede an jenem Ideenschwung gebricht, der die früheren Reden des Kaisers Napoleon zu bezeichnen pflegte. Sie sei eine Sammlung von genau berechneten, abgewogenen, ausgefeilten Ausdrücken und übertreffe unleugbar an Bescheidenheit alles, was je aus dem Munde oder der Feder Napoleons III. hervorgegangen — auch in der Stelle: „ich zolle mir Beifall“?

Die „Kreuzztg.“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ schweigen über die französische Thronrede; die „Zeidler'sche Correspondenz“ paraphrasirt dieselbe, ist übrigens vollkommen zufriedengestellt und von der Neutralität Frankreichs überzeugt. Deutschland — sagt sie — gehe der Action behufs seiner Consolidirung entgegen.

Wie ein Telegramm aus Genua berichtet, ist der Prinz Otto, dritter Sohn des Königs Victor Emanuel, in der Nacht vom Sonntag auf Montag gestorben.

Die bestimmte Nachricht, daß Kaiser Napoleon dem Papste 4000 Mann seiner Truppen angeboten und Letzterer davon 1200 angenommen hat, hat bei den italienischen revolutionären Blättern ein Zetergeschrei über Verletzung des Nichtinterventions-Princips hervorgerufen, wie es einst beim Abschluß des Waffenstillstandes von Villafranca nicht stärker war. Und doch sollten diese Organe ganz gut den Textlaut der September-Convention kennen; denn sie haben ja viele Fuder Lanzen gegen dieselbe gebrochen. Nun in dieser ist unter dem Artikel 3 ganz deutlich zu lesen, wie folgt: „Die italienische Regierung verzichtete (s'interdit) auf jeden Vorwurf gegen die Errichtung einer päpstlichen Armee, auch wenn sie von fremden katholischen Freiwilligen zusammengesetzt wäre, die hinreicht, um die Autorität des heiligen Vaters und die Ruhe seines Staats im Innern, so wie an den Gränzen desselben zu sichern.“ Dieser Artikel ist elastisch genug und mehr als hinreichend, um jede etwaige Klage des Cabinets von Florenz verstummen zu machen; denn die Convention „interdit toute reclamation.“ Die Neu-Italiener wollten Machiavelli spielen, als sie die Convention unterzeichneten, vergaßen aber, daß sie es mit einem Politiker erster Größe zu thun haben, der ihnen die Füße band, während sie im besten Zuge waren, sich über die Convention lustig zu machen und Vorübungen im Parlament hielten, wie man der Convention und ihrem Erfinder ein Schnippchen drehen könnte. Die Pfiffigen sind in der eigenen Falle gefangen und haben nun zum Schaden den Spott noch obendrein.

Das letzte Consistorium, welches Se. Heiligkeit gehalten, soll deshalb ohne Allocution geblieben sein, weil der Erlaß einer neuen Encyklika bevorsteht. Der Papst gedenke seine Mißbilligung über die Vorgänge auf dem Gebiete der Kirche, als da sind: Die Einführung der Civilehe in Italien, die Anerkennung Italiens durch Spanien und Baiern, die Schwierigkeiten der Concordatsverhandlungen mit Mexico und dergleichen mehr in der Encyklika auszusprechen.

Der „Czas“ meldet und zwar diesmal nicht aus römischen noch aus solchen Quellen, für die er bürgen wolle, daß Baron Meyendorff den Auftrag erhalten, dem Hl. Vater Abbitte zu thun, worauf er werde abberufen werden, um seinem Nachfolger Platz zu machen, da die russische Regierung die diplomatischen Beziehungen nicht abbrechen wolle. Dem römischen Correspondenten des „Czas“ zufolge soll zum Vermittler zwischen dem Repräsentanten des Czaren und dem Hl. Vater ein inniger Freund Meyendorff's und großer Günstling des Papstes, der Herrscher im Reiche der Harmonie Monsignor Liszt auserseheu sein. Die Sache wird drollig.

Nach Berichten aus Christiania 19. d. hat das Storthing den Vorschlag über jährlich abzuhaltende Storthings mit einer Majorität von nur 2 Stimmen verworfen.

Dänische Blätter haben behauptet, Dänemark habe keine Schritte zu Gunsten des Königs Georg bei den Schutzmächten Griechenlands gethan. Von officiellen Schritten, schreibt ein Pariser Correspondent der „N. P. Z.“, war freilich nicht die Rede, ich kann Ihnen aber aus der allersichersten Quelle mittheilen, daß die Prinzessin von Wales bestürmt worden ist, ihr Möglichstes in dieser Angelegenheit bei dem alten Earl Russell zu thun. Wie dem „Fremdenblatt“ aus Athen gemeldet wird, soll König Georgios selbst nach dem am griechischen Neujahr bei Hofe stattgehabten officiellen Gala-Diner, zu welchem alle dort accreditirten fremden Gesandten, die Minister und Großwürdenträger geladen waren, die Gelegenheit benutzt haben, sich in einzelnen kleinen Cercles laut zu äußern, er ehre und schätze seinen Vater, den König von Dänemark, als Sohn zwar sehr hoch, räume ihm aber als König der Hellenen nicht das Recht ein, sich in seine Angelegenheiten zu mischen; er könne daher nur dessen Schritte in London wegen einer eventuellen Intervention der Schutzmächte in Griechenland mißbilligen.

Die projectirte Gesundheits-Conferenz in Constantinopel dürfte nicht geringe Mühe haben, sich zu organisiren. Die Türkei erblickt darin eine Einmischung in ihre Souveränitätsrechte und will daher von einer Betheiligung von Diplomaten nichts hören. Schon jetzt, heißt es, sind daraus einzelne Tiralleurgefechte entstanden, die den Abschluß der Sache erschweren könnten und man dürfe, wird angedeutet, nicht darüber erstaunen, wenn über kurz oder lang England und Frankreich Maßregeln auf eigene Faust ergreifen würden, um einem erneuten Ausbruche der Seuche in Aegypten und Mekka für nächstes Frühjahr vorzubeugen. Leider soll in Djeddah aufs Neue die Cholera mit Heftigkeit ausgebrochen sein.

Mit der rumänischen Klostergüterfrage will es noch immer nicht recht vorwärts gehen. Darüber beschwert sich auch der Vertreter des Fürsten Cusa, indem er betont, es würde, wie es scheint, absichtlich vermieden, auf das Meritorische der Sache, — den Ausgleich im Entschädigungswege zu erzielen — einzugehen. In Constantinopel, schreibt man dem „Frmdbl.“, glaubt man, es stecke dahinter russischer Einfluß, indem Rußland dem Vertreter des Patriarchen bei jener Commission den Rath ertheilte, den Gegenstand durch Formfragen in die Längen zu ziehen; dadurch würde Zeit gewonnen, und wer wisse, ob nicht mittlerweile günstige Ereignisse eintreten können, in Folge deren die ganze Angelegenheit auf den ursprünglichen Standpunct zurückgeführt würde.

Der Agent des Kaisers Maximilian, welcher nach Washington gekommen ist, um die Anerkennung des Kaiserreichs von Seiten der Vereinigten Staaten zu erlangen, ist der österr. Officier Graf Bach (Zach?). Mit den Fortschritten, welche sein früherer Agent, Sennor Doblado, bei der Washingtoner Regierung gemacht hat, ist der Kaiser sehr unzufrieden gewesen und soll ihn in Ungnaden zurückberufen haben.

Der „Temps“ enthält einen Protest der Pariser Consuls der chilenischen Republik gegen die Behauptung der „Patrie“, daß die Chilenen ihre Siege unter britischer Flagge erfochten. Er deutet an, daß dieses eine infame Lüge sei und die Chilenen die Spanier unter chilenischer Flagge geschlagen. Das Factum soll dennoch richtig sein.

Der Bassutokrieg ist noch nicht zum Schlusse gediehen. Die (holländischen) Bewohner des Oranje-Freistaates (die Boers), die sich als sehr mittelmäßige Soldaten bewiesen haben, scheinen ihre Rede von einem Vernichtungskampfe gegen den feindlichen Stamm zu vergessen und zeigen keine Lust, sich aus der Nähe ihrer Siedelungen hervorzuwagen. Die Bassutos haben das Resultat des Feldzuges in ihren Händen. Die Stellung von Moschesch war um so günstiger, als er sich wegen des Bassuto-Streifzuges in Natal durch Zahlung von 10,000 Stück Vieh mit den Engländern abgefunden hatte, so daß die Hoffnung der

Boers, von den englischen Colonien Hilfe zu erlangen, sehr zusammengeschmolzen ist.

Die von der „Nordd. Allg. Ztg." gebrachten Mittheilungen über den bevorstehenden Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein und darüber schwebende Verhandlungen stellen sich als vollkommen unbegründet heraus. Der Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein steht nicht nur nicht bevor, sondern es finden auch nicht einmal Verhandlungen darüber statt, aus dem einfachen Grunde, weil — wie wir nicht ohne Verwunderung in der „Elberfelder Zeitung" lesen — Preußen diesen Eintritt jetzt nicht wünscht, und zwar deshalb, weil, wenn unter jetzigen Verhältnissen die Herzogthümer in den Zollverein treten sollten, damit Oesterreich ein directer Einfluß auf denselben eingeräumt würde, was Preußen unter allen Umständen vermeiden will. Sollte also eine derartige Anregung von nichtpreußischer Seite erfolgen, so würde Preußen derselben entgegentreten."

Wie aus Berlin, 23. d., berichtet wird, hat Hannover den italienischen Handelsvertrag ohne Vorbehalt ratificirt.

Aus dem Prager Blatte „Narodni Listy" ist auch in mehre Wiener Journale die Nachricht übergangen, daß im Wenzels-Strafhause eingehende Berathungen darüber stattfinden, ob jene Sträflinge entlassen werden sollen, welche zwei Drittheile ihrer Strafzeit bereits überstanden haben, daß dabei kein Unterschied gemacht wird, ob der Sträfling sich zum ersten Male im Gefängnisse befindet, oder schon mehrere Male eingesperrt war, daß Sträflinge der erwähnten Kategorie ohne Unterschied auf Urlaub entlassen werden, ihnen aber im Falle ihrer abermaligen Verurtheilnng mit der Einsperrung in ein Zwangsarbeitshaus auf Lebenszeit gedroht wurde. Diese Nachricht, schreibt die „G.-C.", beruht auf Unkenntniß oder irriger Auffassung der vom Justizministerium getroffenen Verfügung. Zu den beabsichtigten Reformen des österreichischen Gefängnißwesens, welche von Tagesblättern aller politischer Schattirungen und zwar mit vollem Rechte als dringend nothwendig bezeichnet wurden, gehört auch die in anderen Ländern mit dem günstigsten Erfolge eingeführte „bedingnißweise Entlassung", wornach Sträflingen, bei denen die geforderten Bedingungen eintreten, der Rest der Strafe mit dem Vorbehalte nachgesehen wird, daß sie im Falle des abermaligen Begehens einer strafbaren Handlung den ihnen bedingnißweise nachgesehenen Theil der Strafe abzubüßen hätten. Bevor diese Einführung der „bedingnißweisen Entlassung" gesetzlich geregelt sein wird, beabsichtigt das Ministerium, den Erfolg derselben dadurch zu erproben, daß Sträflinge, bei denen sie überhaupt eintreten kann, der Gnade des Monarchen zur bedingten Nachsicht des Restes ihrer Strafe empfohlen werden. Der Justizministerial-Erlaß vom 3. Jänner 1866, welcher in dieser Richtung an die betreffenden Organe ergangen ist, bestimmt ausdrücklich, daß nur jene Sträflinge zur „bedingnißweisen Entlassung" beantragt werden sollen, welche wenigstens schon zwei Drittheile ihrer Strafe abgebüßt und vermöge ihres während der bisherigen Strafzeit nach jeder Richtung hin beobachteten guten Verhaltens, Proben ihrer wirklichen Besserung an den Tag gelegt haben, und sowohl hiedurch als auch durch ihr Vorleben hinreichende Bürgschaft gewähren, daß sie sich auch außerhalb der Strafanstalt dem Gesetze gemäß benehmen werden und von denen daher eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu besorgen, vielmehr selbst in Ermangelung eigenen Vermögens, nach ihrer Erwerbsfähigkeit oder bezeigten Arbeitsamkeit zu erwarten ist, daß sie sich ehrlich fortbewegen werden. Rückfällige oder sonst in ihrem früheren Leben bemakelte Verbrecher sollen nur ganz ausnahmsweise und nur dann in den Antrag aufgenommen werden, wenn aus überwiegenden Gründen ihre Besserung vorausgesetzt werden kann und zugleich besondere dringende humane Rücksichten für den Gesundheitszustand des Sträflings selbst oder für das materielle oder geistige Fortkommen seiner nächsten Angehörigen der Rückkehr desselben zu seiner Familie das Wort reden. Aus dem Gesagten erhellt, daß es sich keineswegs um eine unterschiedslose Nachsicht des letzten Drittels der Strafe handelt, sondern um eine Maßregel, welche, indem sie das Schicksal des Sträflings zum Theile in seine eigene Hand legt, ein mächtiger Sporn zur Besserung werden soll und bei welcher die Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft auf den Schutz gegen die Verbrecher eben so sehr berücksichtigt worden sind, als das Schicksal dieser Letzteren.

Das „N. Frdbl." bringt folgende Mittheilung über die in Regierungskreisen bestehende Anschauung bezüglich der legalen Vertreter der Königreiche und Länder diesseits der Leitha. Demnach wären die Landtage nach wie vor als die legalen Vertreter zu betrachten. Diese sind nun nach der Landtagsordnung berechtigt, in Angelegenheiten, welche die einzelnen Länder berühren, jedoch über die Competenz der Landtage hinausgehen, der Regierung Vorschläge zu machen. Da jedoch die Lösung der staatsrechtlichen Frage die Competenz der Landtage überschreitet, da ferner die Regierung nicht gestatten könnte, daß diese Lösung durch das Veto des einen oder anderen Landtags vereitelt würde, so erwartet die Regierung, daß ihr die Landtage Vorschläge über die Bildung jenes Körpers machen, welchem die diesseitige Stimme bei der Lösung der Verfassungsfrage seiner Zeit einzuräumen wäre.

---

†† Krakau, 25. Jänner.

Am 16. d. M. sind die Nachbenannten aus der kais. russischen Gefangenschaft heimgekehrt und wurden vom Gränzbezirksamte in Jaworzno an ihre Zuständigkeitsbehörden instradirt:

1. Bylicki Franz, 21 J. alt, Gymnasialschüler aus Krakau.
2. Wnęk Thomas, 20 Jahre alt, Gymnasialschüler aus Wadowice.
3. Szymański recte Geranik Felix, 22 Jahre alt, Seilergeselle aus Gorlice.

Landtagsverhandlungen.

[24. Sitzung des galizischen Landtages am 19. Jänner 1865.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr Vormittags.

Anwesend: 132 Abgeordnete.

Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungscommissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung verlangt Dr. Zyblikiewicz, daß im Protocoll die Redner genannt werden, welche in der letzten Sitzung für und gegen die Commissionsanträge über die Angelegenheit der Grundentlastungsfonde sprachen und daß die Bemerkungen des k. k. Regierungscommissärs über diese Angelegenheit erwähnt werden.

Secretär Paszkowski erklärt sich gegen dieses Verlangen und beruft sich auf §. 24 der Geschäfts-Ordnung, in welchem ausdrücklich und genau angegeben ist, was das Protocoll zu enthalten habe.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag des Dr. Zyblikiewicz in der Minorität, worauf das Protocoll genehmigt wird.

Secretär Ludwig Graf Wodzicki liest die Fortsetzung der dem Landtage vorgelegten Petitionen.

Die Abgeordneten Dziewoński und Grocholski erhielten krankheitshalber einen Urlaub. Sodann wird das Haus verständigt, daß sich die Commission für die städtischen Statute constituirt und den Abg. Grafen Borkowski zum Obmanne, den Abg. Zatwarnicki zum Secretär gewählt hat.

Hierauf wird eine an den Landmarschall gerichtete Interpellation des Abg. Kuryłowicz u. A. vorgelesen, worin gesagt wird, was der Landesausschuß bis jetzt gethan, um dem Hunger und Elende abzuhelfen, welche in einigen Gegenden Ostgaliziens in Besorgniß erregender Weise zunehmen.

Der Landmarschall erwidert, daß die Nothstandscommission ihre Thätigkeit nach Thunlichkeit beschleunigt. Bis nunzu wurden 12.000 fl. auf Unterstützungen vertheilt. Im Zwecke der Beischaffung der erforderlichen Mittel hat Herr Wlad. v. Borkowski als Bevollmächtigter des Landesausschusses eine Reise unternommen, um mit Capitalisten wegen Contrahirung eines Anlehens zu unterhandeln, und es werden schon in diesen Tagen Nachrichten von ihm gewärtigt. Der Abschluß der Anleihe ist keine so leichte Angelegenheit. Vorderhand kann man nur über 500.000 fl. verfügen, mit welchen mit der größten Sparsamkeit gewirthschaftet werden muß. Die Nothstandscommission hat bis jetzt alles gethan, was möglich war.

Sodann werden zwei neue Anträge vorgelegt, und zwar: 1) Antrag des Abg. Kaczała u. A., der Landtag wolle beschließen, daß zur Reinigung der Kamine in den Dörfern keine besondere Concession erforderlich ist und daß die Dorfgemeinden von der Entrichtung der Gebühr an die städtischen Kaminfeger frei sind; 2) Antrag des Abg. Rusiecki, der Landtag wolle die Aufhebung der in einigen Orten unter dem Titel von Meßgeldern bestehenden Abgaben gegen angemessene Entschädigung beschließen. Diese hinreichend unterstützten Anträge werden gedruckt und geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Der Referent der Fondscommission, Abgeordneter v. Starowiejski, erklärt hierauf, daß die Commission in Folge der vom Herrn Regierungscommissär ertheilten Auskünfte über die Angelegenheit der Grundentlastungsfonde den Antrag stellt, damit behufs einer eingehenden Prüfung dieser wichtigen Angelegenheit die auf der heutigen Tagesordnung befindliche Debatte auf einige Tage vertagt werde. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, nämlich zur Erstattung des Berichtes der Petitionscommission, geschritten.

Referent Abg. Ritter v. Gniewosz. Die Petition der Gemeinde Felizienthal wegen Gewährung einer Erleichterung zur Abstattung des Grundentlastungscapitals und wegen Ertheilung einer Unterstützung wird nach dem Commissionsantrage bezüglich des ersten Punctes an das k. k. Statthaltereipräsidium und bezüglich der Unterstützung an den Landes-Ausschuß abgetreten. Die Petition der Gemeinde Skawa und des Gutseigenthümers Freiherrn v. Borowski wegen Befreiung von der Verpflichtung zur Erhaltung des über Skawa führenden Weges wird durch die Annahme des Ueberganges zur Tagesordnung abgelehnt. Die Petition der Gemeinden Mielnica und Borszczow um Sistirung der Execution wegen Wechselschulden wird der Commission für Rechts-Angelegenheiten zugetheilt. Die Petition der Markt- und der Dorfgemeinde Narajow in der Streitfrage wegen des Weide- und Holzungsrechtes wurde zur Beschleunigung der Erledigung an das k. k. Statthaltereipräsidium abgetreten. Die Petition des Mich. Kornicki wegen Verleihung des österr. Staatsbürgerrechtes wurde dem k. k. Statthalterei-Präsidium zur Berücksichtigung, die Petition des Obłosiński mit einer Beschwerde über Mißbräuche bei der Erhebung der Mauthgebühr, dann wegen Uebergabe der Administration der Communicationswege an die Gemeinden, wurde in Betreff des ersten Punctes dem k. k. Statthalterei-Präsidium und in Betreff des zweiten Punctes der Administrativ-Commission abgetreten. Die Petition der Gemeinde Pniow wegen des Schlag- und Weiderechtes in den herrschaftlichen Waldungen wurde an das k. k. Statthalterei-Präsidium übermittelt. Die Petition christlicher Gemeinden des Oleskoer Bezirkes in der Rekrutirungsangelegenheit ist an die Administrativ-Commission, die Petition des Johann Mierzwiński wegen Aufbesserung der Bezüge der Straßenbaubeamten an den Landesausschuß zur Berücksichtigung, und die Petition der Gemeinden Krościenko, Gusztynek und Dornbach wegen Erleichterungen bei der Zahlung verschiedener Gebühren an das k. k. Statthalterei-Präsidium übersendet worden.

Weiter referirt der Abg. v. Kozłowski. Die Petition des Curators des gräflich Ossoliński'schen National-Instituts um Ermächtigung zum Drucke von Schulbüchern wurde an das k. k. Statthalterei-Präsidium zur besonderen Berücksichtigung; die Petition der Stadt Stanislau um Bewilligung zur Eröffnung eines Lehrcabinets und wegen Creirung des Lehrstuhls für polnische Grammatik und Literatur am dortigen Gymnasium an das k. k. Statthaltereipräsidium zur geneigten Berücksichtigung; die Petition der Ludwika Leśniowska wegen Ermächtigung zu populären Vorträgen für Handwerker an das k. k. Statthaltereipräsidium zur Berücksichtigung; die Petition der Zünfte in Rzeszow wegen Aenderung des Gewerbegesetzes und Restituirung der ehemaligen Zünfte an den Landesausschuß mit dem Auftrag abgetreten, die Bestimmungen des Gewerbegesetzes zu prüfen und seine diesbezüglichen Anträge dem Hause vorzulegen.

Anläßlich der letzterwähnten Petition weiset der Abg. Ritter v. Gniewosz darauf hin, daß die bestandenen Zünfte als mit dem Fortschritte und Zeitgeiste unvereinbar, nicht restitutirt werden können. An die Stelle der alten Zünfte müssen gewerbliche Corporationen, Gesellschaften und Vereine zur wechselseitigen Unterstützung treten. Der Redner macht auf die Nothwendigkeit der Bildung der Handwerkerclasse aufmerksam und drückt den Wunsch aus, der Landesausschuß möge die Ursachen erforschen weshalb die Corporationen und Vereine, die in anderen Ländern zum Vortheile des Gewerbestandes sich so günstig entwickeln, hierlands nicht zu Stande kommen können.

Die Petitionen der Volksschullehrer im Horodenkaer Bezirke, in Rzeszow, Alt-Sandec, des Jasloer Magistrats, der Lehrer in Sanok und der Stadt Kalusz in Schulangelegenheiten werden der Educations-Commission zugetheilt.

Referent Abg. Paszkowski. Die Petition der Stadt Buczacz in Betreff eines Darlehens von 100.000 fl. zur Wiederaufbauung nach dem Brande wird an die Budgetcommission übermittelt.

Referent Abg. Dr. Zyblikiewicz. Die Petition der Gemeinde Brzostek mit einer Beschwerde über Notariats-Taxen bei Verlassenschafts-Abhandlung wird an das k. k. Oberlandesgericht in Krakau abgetreten; über die Petition der Theresia Depukat um Zuerkennung einer Erbschaft wird zur Tagesordnung übergangen. Die Petition des Patkiewicz wegen Ertheilung der Bewilligung zum Heilen der Wuthkrankheit wird der k. k. Statthalterei zur Kenntniß gebracht.

Endlich kommt die Petition der Gemeinden Balińce, Trofanówka und Buczaczek zur Sprache, welche eine Beschwerde gegen den Prister Nicolaus Nikorowicz enthält. Die Commission beantragt, über diese Petition in geheimer Sitzung zu verhandeln.

Erzbischof Litwinowicz spricht sich gegen die Verhandlung dieser Angelegenheit im Landtage aus. Auch der Landmarschall hält es für nicht angezeigt, daß sich der Landtag mit scandalösen Angelegenheiten befasse.

Für die Verhandlung dieser Angelegenheit in geheimer Sitzung sprechen die Abg. Ruczka, Graf Golejewski und der Referent der Commission, worauf die geheime Sitzung durch Stimmenmehrheit beschlossen wird. Der Landmarschall fordert um 2 Uhr das Publicum auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die geheime Sitzung dauerte bis ½5 Uhr Nachmittags.

Nächste Sitzung Dinstag den 23. d. Mts.

Nach Berichten aus Pest fand am 22. d. im Hotel Europe eine Conferenz der Deak-Partei statt. Das Präsidium führte Gabriel Klauzal. Deak wurde bei seinem Eintritte mit stürmischen Eljenrufen begrüßt. Es waren 179 Abgeordnete anwesend und berichtete überdies ein Mitglied, daß noch 18 Deputirte erscheinen wollten, jedoch nicht geladen waren. Demgemäß zählt die Deakpartei mindestens 197 Mitglieder, und umfaßte somit nahezu zwei Drittheile des gesammten Unterhauses. Zunächst beantragte Deak, daß ein Adresse-Ausschuß aus allen Parteien des Hauses gewählt werde; zugleich brachte er eine Liste von dreißig Namen in Vorschlag. Der Antrag Deak's, sowie die obige Namenliste wurden von der Conferenz einstimmig acceptirt. Ferner beantragte Deak, daß das Abgeordnetenhaus während der Berathungen des Adresse-Ausschusses in verschiedenen Ausschüssen arbeiten solle. Namentlich sollen besondere Ausschüsse niedergesetzt werden: für die gemeinsamen Angelegenheiten, für die Codification der Civil-, Straf-, Handels-, Wechsel- und Berggesetze, für Unterrichtswesen, für die volkswirthschaftlichen Interessen, für Organisation der Gemeinde- und Comitatsbehörden, für die Nationalitäten-Frage, für Grundbuchswesen. Auch dieser Antrag fand die Zustimmung der Anwesenden. Endlich schritt man zu einer festern Organisirung der Partei, indem man ein Comité aus 18 Mitgliedern bestellte, die in fortwährender Berührung mit Deak stehen, und die einzelnen Abgeordneten informiren werden. Die „Linke" conferirte am 21., jedoch nicht in einer Gesammtsitzung, sondern in vier Abtheilungen. Es sollen im Ganzen über hundert Abgeordnete theilgenommen haben. Beschlossen wurde: die 1861er Adresse als Basis zu betrachten und Franz Deak als denjenigen zu unterstützen, der die Principien dieser Adresse am consequentesten vertritt. Auch wählte jeder District einige Mitglieder, die in fortwährender Berührung mit Deak zu stehen, mit ihm die Tagesfragen zu besprechen und das Resultat den Districts-Versammlungen zur Discussion vorzulegen haben. Der Adreß-Entwurf Deak's ist fertig; seinen intimeren Freunden ist der Inhalt desselben bekannt; und es wird dessen unveränderte Annahme als sicher angenommen.

Im böhmischen Landtag gab am 22. d. die Vorlesung der Adresse an Se. Majestät betreffs Restaurirung der denkwürdigen königl. Burg Carlstein Anlaß zu einer nicht uninteressanten Debatte. Prof. Höfler verlangte, daß Carl IV. als deutscher Kaiser angeführt werde, da es sonst keinen Carl IV. als König von Böhmen gab; und betonte, daß der Ausdruck St. Wenzelskrone in keinem Documente sich vorfindet und auch nicht vom Hause Habsburg gebraucht wurde, die gegenwärtige Krone, mit welcher sich Se. Majestät allenfalls wird krönen lassen, vom Kaiser Carl stammt und zwar der heiligen Wenzels-Statue aufgesetzt wurde, deshalb aber ihre Benennung keinesfalls gerechtfertigt sei. Gegen Höfler sprach Palacky und bedeutete, daß der Ausdruck: St. Wenzelskrone ein von der Volksmeinung in Böhmen gebräuchlicher sei, und der Berichterstatter, Graf Franz Thun, wies darauf hin, unter dem lauten Beifalle des Hauses, daß der Ausdruck: St. Wenzelskrone nach der Meinung und dem Sinne des Volkes ihr die wahre Heiligkeit verleihe und deshalb auf diesem Ausdrucke zu beharren sei. Prof. Höflers Antrag, es möge statt Wenzelskrone der Ausdruck: Krone des Königreiches Böhmen substituirt werden, blieb in der Minorität; es stimmten dafür nur die Deutschen; für den Ausdruck: Wenzelskrone stimmten sämmtliche Czechen und, bis auf sieben, sämmtliche Mitglieder des Großgrundbesitzes, von deutscher Seite der Prof. Schrott und etwa noch fünf bis sechs Mitglieder der deutschen Partei. Dr. Hanisch erklärte, der Adresse nicht beistimmen zu können, weil sie politische, der Verfassungspartei widersprechende Ansichten enthalte, wurde aber vom Grafen Franz Thun unter allgemeiner Heiterkeit zurechtgewiesen, indem Graf Thun den ewig jungen Doctor belehrte, warme Gefühle für historische Bauten dürften dem System der Verfassungspartei wohl in keiner Weise nahe treten. Eine weitere Debatte entspann sich auf Anregung der Verfassungspartei-Männer, ob die Statthalterei als königl. oder als kais. königl. zu benennen sei und ob in der Anrede Se. Majestät als apostol. kais. königl. Majestät anzureden sei; es sprachen hierüber Brinz, Hasner, Hanisch ꝛc., allein zur Beruhigung dieser Herren erklärte der Berichterstatter, daß ihrem Wunsche im Rubrum werde vollkommen entsprochen werden, und auch die Statthalterei als kais. königl. benannt wird.

Der nur mit fünf Stimmen abgelehnte Antrag auf dem Prager Landtage, daß der Dienstherr das Recht habe, seine Dienstleute in gewissen Fällen körperlich zu züchtigen, gibt dem „Czas" heute Anlaß, in einem Leitartikel zu erklären, er kenne sein Land zu gut und wisse zu gut, bis zu welchem Grade allen Bewohnern desselben ohne Unterschied jedes Gelüste nach Rückkehr zu den früheren Verhältnissen widerwärtig, als daß er nicht mit völliger Gewißheit behaupten dürfte, daß ein ähnlicher Antrag auf dem (galizischen) Landtage niemals aufkommen würde.

Telegraphische Landtagsberichte.

Brünn, 23. Jänner. Der Statthalter legt dem Landtage das Gesetz über das Wasserrecht vor. Hierauf Verhandlung über die Errichtung von Cavallerie-Casernen. Die Ausschußmajorität stellt den Antrag, die Casernen aus Landesmitteln mit Zuhülfenahme der von einzelnen Gemeinden zu votirenden Subventionen zu bauen, die Minorität will, daß die Gemeinden unterstützt durch Subvention seitens des Landes den Casernenbau unternehmen. Dr. Ullek beantragt Zurückweisung der Vorlage an den Landes-Ausschuß, da die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei. — Die Generaldebatte über diesen Gegenstand wird morgen fortgesetzt.

Pest, 23. Jänner. Auf eine Interpellation Ghyczy's versprach der Präsident, daß die kürzlich vorgelegten Staatsschriften morgen gedruckt vertheilt werden. Ludwig Deáky und Paul Molnár wurden verificirt. Gegen Johann Papp beantragt die Abtheilung eine Untersuchung; die Majorität beschließt Anullirung dieser Wahl. Sigmund Bernath wird unter wiederholten Eljenrufen verificirt. Gegen Michael Zukynich aus dem Kapuvarer Bezirke des Oedenburger Comitates wird Untersuchung beantragt. Die hierauf verlangte Verlesung der Acten wird begonnen und morgen fortgesetzt.

Agram, 23. Jänner. Vicepräsident Dr. Suhaj führte den Vorsitz. Die Galerien sind stark besetzt. Abg. Bogovic beantragt eine Repräsentation an Se. Majestät, damit der Vertrag mit der Südbahngesellschaft revidirt werde. Es wird beschlossen, auf diesen Antrag Rücksicht zu nehmen, wenn die Eisenbahnangelegenheit an die Tagesordnung gelangt. — Hierauf wurde die Adreßdebatte fortgesetzt, an welcher sich die Abg. Kostrencic, Zuzel, Kirjakovic und Dr. Miletic betheiligten. Morgen Fortsetzung der Adreßdebatte.

Ein Privat-Telegramm der „Deb." aus Agram, 23. Jänner meldet: In der heutigen Landtagssitzung bemerkte Miletic, das Ueberwuchern des deutschen Elementes zwinge Croatien zur Vereinigung mit Ungarn; auch der echt constitutionelle Geist Ungarns rathe dazu und hätte die Nationalität nichts davon zu fürchten. Die staatsrechtlichen Fragen sollen solidarisch mit Ungarn gelöst werden.

Klagenfurt, 23. Jänner. Die Berathung über das Straßenconcurrenzgesetz wird beendigt. — Zum Reichsrathsabgeordneten wird Baron Herbert gewählt. — Morgen Sitzung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Jänner.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Karl Ludwig und Höchstdessen Frau Gemalin, die Erzherzogin Maria Annunziata sind Samstag Abends von Miramare nach Graz zurückgekehrt.

Marquis Pallovicini gibt heute Abends ein Kinderballfest, zu welchem die sämmtlichen „Kleinen" der hiesigen Aristokratie geladen sind. Auch das Erscheinen des Kronprinzen Rudolph und der Frau Erzherzogin Gisela ist in Aussicht gestellt.

Sectionsrath Beck, Vorstand der Administration der „Wiener Zeitung", arbeitet, wie mitgetheilt wird, an einem neuen Hof- und Staatsschematismus, der in Bälde vollendet sein dürfte. Das letzte Werk dieser Art erschien im Jahre 1859.

Das Präsidium des Wiener Oberlandesgerichtes hat mit Erlaß vom 13. d. eine Verordnung publicirt, welche gleichzeitig auch den übrigen Justizbehörden zugekommen sein wird. Hiernach werden die bisherigen Vorschriften über die Gradual-Vorrückungen in höhere Gehalte der gleichen Diensteskategorie dahin modificirt, daß von nun an die höheren Gehalte den Vorrückenden nicht vom Tage der Erledigung, sondern vom Ersten des nächstfolgenden Monats flüssig gemacht werden.

Ein Prager Telegramm des „Frembbl." vom 23. d. meldet: Der Gymnasial-Professor Wolf zu Eger wurde gestern im Bezirke Bischofteinitz-Ronsperg-Hostau mit 82 von 108 Stimmen zum Landtagsdeputirten gewählt. Sein Gegencandidat Helfert erhielt nur 6 Stimmen.

Deutschland.

Aus Tönningen berichtet der „Altonaer Merkur", daß auf die Erklärung des Bürgermeisters, er könne sich ohne die preußische Garnison nicht behaupten, die zum Abmarsch bestimmten zwei preußischen Compagnien Haltbefehl erhalten haben.

Während der jüngsten Festtage in Schleswig wurde, wie die öffentlichen Blätter melden, dem preuß. Gouverneur Herrn v. Manteuffel ein großes prächtiges Brod, anscheinend das Geschenk eines unbekannten Verehrers überreicht. Diese Gabe erregte vielleicht im Hinblick auf ihre Symbolik, nicht geringe Freude und mit einer gewissen Feierlichkeit wurde das Brod angeschnitten. Aber welche Ueberraschung! Sein ganzes Inneres zeigte sich angefüllt mit Exemplaren der von Herrn v. Manteuffel für das Herzogthum Schleswig verbotenen Zeitungen. (Nicht übel erfunden).

Aus Berlin, 23. d., wird gemeldet: Die Anwesenheit des Grafen Platen in Berlin soll hauptsächlich das Project einer directen Eisenbahnverbindung zwischen Venloo und Harburg betreffen.

Der „Patr. Ztg." wird aus Posen geschrieben: Der polnische Adel in unserer Provinz hat seit dem letzten Aufstande eine Vorliebe für industrielle Unternehmungen gewonnen. Auf allen Gebieten der industriellen Thätigkeit bilden sich immer neue Genossenschaften, deren Mitglieder polnische Edelleute sind. So haben wir bereits eine Genossenschaft zur Betreibung des Commissions- und Banquier-Geschäfts, eine andere zur Begründung der Dampfschifffahrt auf der Warthe, und zu diesen Genossenschaften ist unlängst noch eine dritte hinzugetreten, welche in dem eine Meile von hier entfernten Dorfe Marcellino eine großartige Seifenfabrik gegründet hat.

Frankreich.

Paris, 21. Jänner. Morgen um 1 Uhr erfolgt die Eröffnung der Session von 1866. Nach der Thronrede wird der Kaiser die Beeidigung der neu ernannten Senatoren und neu gewählten Deputirten vornehmen. Die neuen Senatoren sind: Corta, Admiral Bouet-Willaumez, Baron Butenval, General d'Allonville, General Graf Guedin, Silvestre de Sacy, Graf von Saint-Marsault und General Viney; die neuen Deputirten: Graf Walewski, Tillancourt, Barillon, Girod, Larrabure, Chesneloup und Fremy. Am Dinstag erfolgt die Wahl der Secretäre. Walewski wird alsdann seinen Sessel besteigen und eine Anrede halten, gleichwie Morny seiner Zeit die Gewohnheit hatte, nur mit dem Unterschiede, daß Morny eine politische Capacität und eine vielwissende war, während von Walewski das bekannte Fragewort gilt: „Weiß er etwas?" als ein Diplomat sich beim Kaiser darauf berufen hatte, Walewski habe es gesagt. Bei der Prüfung der Wahlen wird es zuerst zu einem Scharmützel, wenn nicht schon zu einem Gefechte kommen, da der Oppositions-Candidat, Advocat Barthe in Pau, gegen Larrabure's Wahl Protest erhoben hat, indem er von dem Satze ausgeht, Larrabure's Demission für den ersten Wahlbezirk sei nicht in Ordnung gewesen, da derselbe nicht vom gesetzgebenden Körper angenommen war, auch sei das Votum nicht frei gewesen. Bekanntlich ist bei Larrabure's Wahl vom ersten Tage, daß davon die Rede war, eine Reihe von auffallenden Vorgängen ins Publicum gekommen. Da der Senat in der Antwort-Adresse den Vortritt vor dem gesetzgebenden Körper hat, so wird die Adresse-Commission desselben noch im Laufe dieser Woche gewählt werden. — Man befürchtet längst eine weitere Beschränkung der Publicität des gesetzgebenden Körpers. Es ist in der That bereits eine Neuerung erfolgt, welche dem Monopol des Moniteuer abermals eine größere Ausdehnung gibt und den Abendblättern die Möglichkeit raubt, wenigstens einen Theil des auszüglichen Sitzungsberichtes noch zu liefern. Statt des Dictates, welches man den Journalen Nachmittags gibt, sollen dieselben nun die Probebogen des „Moniteur" erhalten, aber erst um 8 und 11 Uhr Abends! — In Abgeordneten-Kreisen will man wissen, es sei nunmehr die Frage des Elementar-Unterrichts auch vom Staatsrathe im Sinne der Nicht-Gratisertheilung entschieden worden. Dagegen soll das kärgliche Gehalt der Elementar-Lehrer aufgebessert werden. — Gestern ward Proudhon's Grabstätte zu Passy von einer großen Menge Arbeiter und Studenten besucht. Es ist die Rede davon, seine sterblichen Ueberreste nach dem Montparnasse-Kirchhof zu bringen, wo sie in einem eigenen Denkmale untergebracht werden sollen.

Schweiz.

Der Schweizer Bundesrath hat die Einberufung der Bundesversammlung behufs officieller Mittheilung des Resultats der Volksabstimmung über den neuen revidirten Artikel der Bundesverfassung auf den 19. Februar 1866 anberaumt. Was dieses Resultat betrifft, so hat sich dasselbe jetzt mit Bestimmtheit so weit festgestellt, daß Art. 2, der die Bestimmungen über die Niederlassungsverhältnisse enthält, von der Majorität der Stände, von 12½ Cantonen angenommen worden ist, und daß dieser Artikel auch Seitens des Volkes als adoptirt betrachtet werden kann, da er bis zur Stunde ein Mehr von circa 66,000 Stimmen zählt; dagegen fehlt dem Art. 6, welcher Glaubens- und Cultusfreiheit proclamirt, obgleich für ihn auch die ganze Volksabstimmung ebenfalls auch schon eine Mehrheit von circa 40,000 Stimmen ergibt, noch immer das Mehr des Standesvotums. Somit ist heute kein Zweifel mehr, daß außer den genannten zwei Artikeln das ganze übrige Revisionswerk der eidgenössischen Räthe verworfen ist. In St. Gallen hat man bereits die Sammlung der 50,000 Unterschriften für die Abberufung der eidgenössischen Räthe und Vornahme einer neuen Revision begonnen.

Spanien.

Aus Portugal wird gemeldet, daß die spanischen Flüchtlinge, welche sich in Breganza befinden, Befehl erhalten haben, dort zehn Tage unter Quarantaine zu bleiben, da sie aus Orten kamen, wo die Cholera herrschte. Die Officiere haben ihre Quartiere in Leira und Setubal und die Soldaten die ihrigen in S. Juliano do Barra und Cascaes erhalten. Herr Vincene Ferreira Nunes hat Befehl erhalten 300 und einige Rationen für Cascaes und 150 für Peniche bereit zu halten.

Belgien.

Der „Cherubin", ein kleines, in Brüssel erscheinendes Witzblatt, erzählt, wie eine Deputation der Hauptwürdenträger des belgischen Grand-Orient zu dem Könige Leopold II. gekommen sei und ihm die Insignien und Grade der Freimaurerei, mit denen sein verstorbener Vater bekleidet gewesen, angetragen habe. Der König habe sie äußerst liebenswürdig empfangen, allein die ihm zugedachte Auszeichnung mit den Worten abgelehnt: „Ein constitutioneller König leistet in seinem Leben nur einen Eid: den auf die Verfassung seines Landes." Dann habe er mit einem leichten Anflug von Ironie beigefügt: Lassen sie mir ihre Statuten, die ich nicht kenne, da; ich will sie genau durchgehen." Bis jetzt habe aber die Freimaurerei von dem König noch keinen weitern Bescheid erhalten.

Amerika.

Nachrichten aus Vera-Cruz zufolge ist die Kaiserin Charlotte am 20. Dec. in genannter Stadt an Bord des mexicanischen Dampfers „Tabusco" von der Reise in Yukatan angekommen. Die Ausschiffung Ihrer Majestät erfolgte bei Nacht bei Fackelschein und enthusiastischen Demonstrationen der Bevölkerung. Auf der ganzen Tour wurden der Kaiserin in Yucatan, Sisal, Merila, Campeche und Camra die aufrichtigsten Beweise der Liebe und Dankbarkeit zu Theil. Die Bevölkerung war von dem Benehmen der jungen Monarchin gerührt, welche die Mühen einer weiten und raschen Reise nicht gescheut, um sich von der Lage des Volkes zu überzeugen. Nach zweitägigem Aufenthalte in Vera-Cruz reiste die Kaiserin am 23. Dec. nach Mexico zurück. Die ersten Civil- und Militärautoritäten und eine Damen-Deputation gaben der Kaiserin bis Paso del Macho das Geleite.

Der „Patrie" geht die Nachricht zu, daß der Contreadmiral Casto-Mendez, zweiter Commandant im stillen Ocean, sofort nach dem Tode des Vice-Admirals Pareja das Commando übernommen und sich an Bord der Dampffregatte Villa de Madrid begeben habe. Contreadmiral Mendez wird für einen sehr tüchtigen Seemann gehalten.

Australien.

„Reuters Office" meldet aus Melbourne vom 26. December: Das Parlament ist aufgelöst worden. Der Krieg mit Chili verursachte Aufregung in Folge der eingestellten Kupferverkäufe. Die Aufständischen an der Ostküste von Neu-Seeland haben sich unterworfen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 25. Jänner.

* Ueber den gestern gemeldeten Brand des Joseph-Schachtes in Wieliczka wird uns Nachstehendes geschrieben: Das Feuer brach um 6 Uhr Abends im Schachte selbst aus, die Entstehungsursache ist bisher unbekannt. In Folge des heftigen Sturmwindes verbreitete sich das Feuer auf die angränzenden ärarischen Gebäude, welche auch bis zum Grunde niederbrannten. Der Wind trug auch die Funken auf die Schindeldächer der Stadt, welche glücklicherweise noch in Folge eines kurz vorher stattgehabten Regens feucht waren und deshalb verschont blieben. Löschmittel waren hinlänglich vorhanden, sie konnten jedoch gegenüber dem Sturmwinde nichts ausrichten. Der Schaden ist bedeutend, die Untersuchung eingeleitet.

* Wir haben die Schlußworte unserer gestrigen Notiz über das Liebhabertheater zu vervollständigen: Billete sind in der Buchhandlung Grzybowski zu haben — gewesen. Sie sind nicht nur für Freitag, sondern auch für Sonntag bereits vergriffen, wo, wie wir hören, eine Reprise der Dilettanten-Vorstellung stattfindet. Die (für Krakau) neue Operette von Offenbach „Tschin-Tschin", welche am Sonntag in Scene gehen sollte, kann deshalb erst in nächster Woche aufgeführt werden. Für die Sonntags-Redoute ist ein großer Maskenzug beabsichtigt, der unter Anführung des „Pascha von Rhododendron" die Hauptfiguren der beliebtesten Operetten: Schöne Weiber", „Zehn Mädchen" rc. zu Sicht bringen wird, wahrscheinlich auch schon die Chinesen des „Tschin-Tschin". Die gestrige ziemlich besuchte Benefiz-Vorstellung ließ es nur an diesen fehlen, sonst brachte das dramatisch-musikalische Ragout so ziemlich alles zu Genuß und wurde mit Beifall aufgenommen. Als „Herr und Madame Denis" theilten ihn in der melodienreichen Operette die Fräul. Maschek und René mit dem Beneficianten Herrn Gutmann (Belrose), der auch Levassor's Doppelfigur der „beiden Dragoner" gut imitirte. Frau Hammermeister sang die Bravourarie des Armand aus „Maria di Rohan" unter vielem Applaus; gleichfalls gerufen wurde Herr Paulmann als Franz nach der Traumscene aus Schiller's „Räubern", deren gelungene Durchführung Gutes für ihn hoffen läßt in einem Rollenfach, zu dem er jetzt vollständig überzugehen gedenkt. Der Rausch des „modernen Diogenes" brachte Herrn Ernst den Hervorruf, wie Frau Ernst mit Herrn Woller in anziehendem Vortrag und unter Beifall die „Bekenntnisse eines Brautpaares" machten. Die Schluß-Posse „Rothschild" kam wohl nur, um mit einem ihr abgeborgten Wort zu schließen, aus „Mißverstand" auf die Scene.

* Unter dem Titel: „Ackerbauschulen in Deutschland und bei uns" bringt der „Czas" eine betreffende statistische Tabelle, nach welcher sich folgender Schluß ergibt: Höhere Schulen, welche Wirthschaftsverwalter ausbilden 35, niederere Schulen und Schulen für Landleute 109 in Deutschland. Galizien dagegen hat (bei einer Bevölkerung von 4,476,435) an höheren solchen Schulen 2. In Deutschland also kommt im Durchschnitt eine Ackerbauschule auf 300.000 Einwohner, in Galizien auf 2½ Millionen! — Diese Ziffern zeigen allerdings einen grellen Abstand, der „Czas" verschweigt jedoch eine Unzahl der gewichtigsten Umstände, die hier in Betracht zu ziehen sind und auf deren Erörterung wir nicht eingehen wollen.

* Der Schauspieler und Regisseur des hiesigen polnischen Theaters Hr. Swieszewski, der um ärztlichen Beistand zu suchen nach Wien gegangen war, ist nach ärztlicher Consultation über das Weiterverhalten während der Cur, wieder hierher zurückgekehrt.

†† Am 14. d. wurden in einem Privathause in der Spitals-Gasse mehre silberne Löffel und Eßbestecke gestohlen und 2 Personen, welche des Diebstahls verdächtig waren, trotz ihres Leugnens von der Polizei-Direction verhaftet. Vorgestern gelang es das entwendete Silber bei einer Höckerin, welcher es Diebe zur Aufbewahrung übergeben, auszuforschen. Ein anderer Schwindler wollte sich sogar mit altem Silber nicht begnügen und versuchte vorgestern sich in den Besitz neuer Silberlöffel zu setzen: kam zu einem Goldarbeiter und gab vor, er hätte für einen Bürger, von welchem er einen Zettel vorwies, einige Löffel abzuholen. Doch wurde der Zettel als Falsificat erkannt und der Liebhaber wohlfeilen Silbers über Veranlassung des Goldarbeiters arretirt. — Auf gleich billige Weise wollte gestern eine Taglöhnerin auf dem Kazimierz Kopftücher an sich bringen. Sie suchte lange herum bis es ihr gelang, 4 Tücher im Werthe von 10 fl. einzustecken, worauf sie sich eiligst entfernte. Doch wurde sie eingeholt und durch einen Polizeisoldaten angehalten. Bei der Revision dieser Person fand sich noch ein neues großes Umhängtuch vor, welches sie wahrscheinlich in einer anderen Handlung entwendet. — Auch wurde vorgestern durch Polizeiorgane ein bekannter Dieb arretirt, welcher einem Bauer auf dem Kazimierz einen Sack mit Kleidern und Victualien vom Wagen herabgezogen. — Gleichfalls wurde durch dieselben auf dem Kazimierz ein Taglöhner verhaftet, der eine silberne Uhr mit goldener Kette verkaufen wollte, die einer Frau in der Schustergasse entwendet sein soll. — Ferner wurde eine Händlerin aus Chrzanow, welche vor einiger Zeit einen Geschäftsmann bei Umwechslung größerer Banknoten um 20 fl. betrogen, ausgeforscht und arretirt.

†† Vorgestern meldete sich ein Taglöhner sammt Weib und zwei Kindern um Aufnahme in den Polizeiarrest, weil er ganz erwerblos und ohne jeden Unterstand war. Im Arrestlocale wurde das jüngere kränkliche Kind, einen Monat alt, von seinem Leiden erlöst. Die kleine Leiche wurde in das St. Lazarusspital übertragen.

†† Ein junger Mann aus Kielce, welcher die hiesigen Bürger mit einem Bettelbriefe belästigte, worin er simulirte, daß er an der Insurrection theilgenommen, wurde gestern verhaftet.

* Am 11. d. Nachts ist in Budzów das Haus des Isaak Fischgrund Nr. 33 ein Raub der Flammen geworden.

* In der Nacht vom 3. auf den 4. Jänner ist in Zawoja das Wohngebäude des Joseph Piergies Nr. 164 abgebrannt.

* In Kupienin ist in der Scheuer des Grundwirthen Johann Doktór am 22. December v. J. nach 8 Uhr Abends Feuer ausgebrochen, welches nebst der Scheuer die ganze von der Hälite des Grundes herrührende Fechsung einäscherte. Der Schaden beträgt 179 fl. ö. W. und war nicht versichert.

* Vom 28. auf den 29. October v. J. um Mitternacht ist in der dem Nicolaus Jędrzejowski, Hauseigenthümer zu Dąbrowa, gehörigen Scheuer Feuer ausgebrochen, welches dieselbe, ferner die nachbarliche der Anna Leiner gehörige Scheuer sammt der ganzen vorjährigen Getreidefechsung, wie auch sämmtliche Wirthschaftsgeräthe einäscherte. Das Feuer dürfte von einer böswilligen Hand unterlegt worden sein. Der Gesammtschaden beträgt beim Nicolaus Jędrzejowski 319 fl., dagegen bei Anna Leiner 648 fl. und war mit Ausnahme der der Letzteren gehörigen Scheuer nicht versichert.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— [Anlehen der Südbahn.] Wie der „W. G.-B." von wohlunterrichteter Seite vernimmt, hat die Südbahn-Gesellschaft ein sechspercentiges Anlehen von 160 Millionen in Paris abgeschlossen, und ist daher eine weitere Emission von Südbahnprioritäten nicht zu erwarten.

— Die Telegraphendirection in Rußland gibt bekannt, daß vom Neujahr 1866 an, der Tarif der inneren telegraphischen Correspondenz ermäßigt wurde. Eine einfache Depesche von 20 Worten wird in der 1. Sphäre 50 Kop., in der 2. 1 S.-R., in der 3. 2 S.-R. und in der 4. 3 S.-R. betragen. Eine Depesche von Petersburg nach Kiachta, die früher 10 R. 5" Kop. gekostet, wird jetzt 6 R. kosten.

Berlin, 22. Jänner. Böhmische Westbahn 72. — Gal. 81½. Staatsb. 110. — Freiwill. Anlehen 100¼. — 5perc. Met. 60½. — Nat.-Anl. 64. — Credit-Lose 74. — 1860er-Lose 81½. — 1864er Lose 50. — 1864er Silber-Anleh. 67½. — Credit-Actien 72½ — Wien 95⅜.

Frankfurt, 22. Jan. 5perc. Metall. 58⅝. — Anlehen vom Jahre 1859 69½. — Wien 111¾. — Bankactien 851. — 1854er Lose 73¼. — Nat.-Anleh. 62¼. — Cred.-Actien 169½. — 1860er Lose 81⅝. — 1864er Lose 87. — Staatsbahn —. 1864er Silber-Anl. 67½. — American. 70.

Hamburg, 22. Jänner. Nat.-Anl. 62¼. — Credit-Act. 71⅝. 1860er Lose 80. — American. —. — Wien 81.

Paris, 22. Jänner. Schlußcourse: 3percentige Rente 68.55. — 4½perc. Rente 98.50. — Staatsbahn 410. — Credit-Mobilier 821. — Lombard 422. — Oester. 1860er Lose ——. — Piemont. Rente 62.30. — Oesterr. Anl. 348.75. — Consols 87¼.

London, 22. Jänner. Schluß-Consols 87⅛. — Lomb. Eis. Actien 16⅝ — Türk. 39⅝. — Silber 61¾. — Wien 10.82.

Breslau, 24. Jänner. Amtliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 60—81, gelber 60—76. Roggen 54—56. Gerste 36—44. Hafer 27—31, Erbsen 56—66. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 275—304, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 260—292. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 216—240.

Wien, 24. Jänner, Nachm. 2 Uhr. [Czas.] Met. 63.15.— Nat.-Anl. 67.10. — 1860er Lose 84.90. — Bankactien 761.—. Credit-Actien 151.80. — Silber 104.50. — London 104.50. — Ducat 4.99.

Paris, 24. Jänner. 3⅜ Rente 68.55. — Neues österreichisches Anlehen 348.75.

Lemberg, 22. Jänner. Holländer Ducaten 4.93 Geld, 4.98 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.96 Geld, 5.01 W. — Russischer halber Imperial 8.55 G., 8.64 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.62 G., 1.64 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.35 G., 1.37 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.55 G., 1.57 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 66.67 G., 67.27 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 70.04 G., 70.59 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 67.77 G., 68.43. — National-Anlehen ohne Coup. 66.15 G. 66.80 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 169.67 G. 173.— W.

Krakauer Cours am 24. Jänner. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 123 verl. 120 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84 verlangt, 82 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 490 verl., 486 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 137 verl., 134 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 157 verl., 154 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 96¾ verl., 95¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 105 verl., 104 bez. —. Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.— verl. 4.90 bez. — Napoleondors fl. 8.45 verl., fl. 8.30 bez. — Russische Imperials fl. 8.70 verl., fl. 8.55 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 67.50 verl. 66.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 70.75 verl., 69.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 69.50 bez. 68.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 173.— verl., 169.— bez.

Neueste Nachrichten.

Die „Gen. Corr." schreibt: Der Krakauer „Czas" ist unter besonderer Hinweisung auf die Noth, welche sich in Krakau fühlbar mache, wiederholt auf die Frage zu sprechen gekommen: ob den in Folge des Ausnahmszustandes aus Krakau und überhaupt aus Galizien ausgewiesenen Fremden nunmehr nach Beseitigung der Ausnahmsverhältnisse die freie Rückkehr in das Land gestattet sei. — „Czas", welcher die Behauptung aufstellt, daß durch den Abgang der abgeschafften Personen, deren Zahl er für Krakau auf 4000 berechnet, den Kaufleuten und Handwerkern in Krakau ein bedeutender Verdienst und hiemit der Stadt eine sehr beträchtliche Einnahme entzogen sei, spricht seine Anschauung dahin aus, daß wohl Jenen der Aufenthalt nicht versagt werden dürfte, welche durch ihr Vermögen bürgen, daß sie der Gemeinde nicht zur Last fallen. Die argen Uebertreibungen des „Czas" in der Ermittlung der Zahl der aus Krakau durch den Ausnahmszustand ausgewiesenen Fremden, welche sich in Wirklichkeit auf etwas über 700 Köpfe (gegen die 4000 des „Czas") beläuft, sowie die Illusionen in Betreff der angenommenen Wechselwirkung dieser Ausweisung mit dem in Krakau sich fühlbar machenden Nothstand, wurden bereits von der „Krakauer Zeitung" auf das richtige Maß reducirt. Wir unsererseits glauben jedoch dem „Czas" noch weiter bemerken zu müssen, daß jedem der ausgewiesenen Fremden vollkommen freisteht, die vom „Czas" gestellte Frage für sich dadurch zur Lösung zu bringen, daß er sich bei den competenten österreichischen Behörden um die Gestattung der Rückkehr bewirbt; und wir glauben nicht zu fehlen, wenn wir behaupten, daß die kaiserliche Regierung diesen Gesuchen nach Möglichkeit entgegenkommend willfahren werde.

Altona, 23. Jänner. Die Massenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine war stark besucht. Vorsitzender Jessen theilt mit: An der Tagesordnung sei die Besprechung der politischen Lage des Landes. Die Einberufung der Stände könne besprochen, Resolutionen dürften aber nicht gefaßt werden; hiezu habe der engere Ausschuß sich der Regierung gegenüber verpflichtet. Als Gäste waren anwesend: Sigmund Müller, Metz, Kolb, Praetorius, Alzai. Dem von mehreren Rednern ausgesprochenen Wunsche nach Einberufung der Stände stimmte die Versammlung unter großem Beifall zu.

Paris, 23. Jänner (Abends). In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hielt Graf Walewski eine Rede, in welcher er dem Andenken des Herzogs Morny, dem Vicepräsidenten Schneider und dem Geiste der Mäßigung, der in der Kammer herrsche, Anerkennung zollte. Er sagte, er hoffe auf eine wohlwollende und freundliche Mitwirkung, er werde die Freiheit der gewissenhaft kundgegebenen Meinungen beschützen.

Florenz, 23. Jänner. Das Gerücht von einer Besteuerung der italienischen Rente ist durchaus unbegründet. Der Finanzminister beabsichtigt nicht, irgend etwas Derartiges vorzuschlagen.

New-York, 13. Jänner. (per „City of London"). Der „New-York Herald" meldet: Der Präsident beabsichtigt eine Aenderung des Cabinets mit Beibehaltung von zweien der jetzigen Minister. — Es geht das Gerücht, Stanton werde Adams in London ersetzen. — Der Generalprocurator hat sich für die Vertagung des Processes gegen Jefferson Davis ausgesprochen, und zwar bis zur Wiederherstellung der Civilautorität in den Staaten, wo das Verbrechen begangen wurde. — Den Journalen von Galvestone zufolge sind große Unionstruppenkörper nach dem Rio Grande unterwegs.

Triest, 23. Jänner (Abends). (Ueberland-Post.) Hongkong, 15. December: Die Kaiserin-Mutter von China legt die Regierung nieder. Prinz Kong ist wieder am Ruder. Der kais. Feldherr Tseng-ko-fan wurde von den Nienfei geschlagen und befindet sich in bedrängter Lage. Die Nienfei haben sich in die Provinzen Shangtung und Honan zahlreich versammelt. Zwischen der kaiserlichen und der französischen Regierung ist ein Conflict wegen der katholischen Propaganda ausgebrochen. Die Eröffnung der neuen japanesischen Häfen, so wie die Ratification des Vertrages unter gleichzeitiger Revision des Tarifs werden bestätigt. Der Mikado und der Taikun werden von den Daimios bedroht; die Ruhe ist jedoch hergestellt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 24. auf den 25. Jänner.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Graf Romer Felix, aus Galizien; Gf. Szembek Ladislaus, aus Poremba; Baron Lewartowski, aus Galizien; Zakrzewski Victor, aus Galizien.

Abgereist ist Herr Mieroszewski Thaddäus. Gutsbesitzer, nach Waganowice.

K. k. Theater in Krakau. Heute: „Zięć pana Poirier", Lustspiel von Augier und Sandeau.

Amtsblatt.

Kundmachung. (86. 2)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht Linz hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt bezüglich der bei Joseph Schmid, Buchdrucker in Linz, verlegten Druckschrift: „Die Posaune", Postbüchel für das Jahr 1866, Linz 1866, zu erkennen befunden:

Der Inhalt des in der genannten Druckschrift enthaltenen Aufsatzes „a propos", welcher Seite 20 beginnt und auf der Seite 21—24 fortgesetzt ist, begründe das nach § 516 St. G. B. strafbare Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit, die weitere Verbreitung dieses Artikels werde nach § 36 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862 verboten und es seien die mit Beschlag belegten Exemplare dieses Postbüchels gemäß § 37 des Preßgesetzes zu vernichten.

Z. 268. **Edict.** (85. 2-3)

In Gemäßheit des § 87 des Gesetzes vom 4. October 1850 (Landesgesetz und Regierungsblatt vom Jahre 1851, 1 Stück Nr. 1) werden hiemit alle diejenigen, welche auf die öde in der Grundmatrikel vom Jahre 1820 auf Johann Rąk eingetragene, in Borowa, Bezirk Wojnicz sub Nr. 23 liegende Rustikalwirthschaft sub rep. Nr. 27, bestehend aus den top. Zahlen 207/234, 208/235, 212/238, 214/240, 215/241, 216/242 und 218 alt/244 neu im Flächenmaße von 37 Joch 509⁴/₆ Quadratklafter, jedoch nach Abschlag der sich im Besitze des Franz Krukowski befindlichen Gebäude CNr. 23 und 12 Joch 961 Quadratklafter Grundes, somit auf den Rest des Grundes von 24 Joch 1148⁴/₆ Klafter Anspruch haben, aufgefordert, binnen 3 Jahren, d. i. bis 24. Jänner 1869 diese Ansprüche gegen den Grundentlastungs-Fond für das Verwaltungsgebiet Krakau von Galizien, beziehungsweise gegen die k. k. Finanzprocuratur in Krakau in Vertretung dieses Fondes bei dem Krakauer k. k. Landesgerichte geltend zu machen, indem sonst nach Verlauf dieser Frist, die obigen Grundstücke im Wege der öffentlichen Versteigerung veräußert und der Kaufschilling für den Grundentlastungs-Fond eingezogen werden wird.

Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction für das Verwaltungsgebiet Krakau von Galizien.

Krakau, am 23. Jänner 1866.

Edykt.

Na podstawie prawa indemnizacyjnego z dnia 4 października 1850 (Dziennik praw krajowych i rządowych z roku 1851, część I, nr. 1) wzywa się niniejszém tych wszystkich, którzy do pustki rustykalnéj w metryce gruntowéj z roku 1820 na Jana Raka pod nr. sub rep. 27 zapisanéj i pod nr. domu 23 w Borowy w powiecie Wojnickim leżącéj z parcel gruntowych pod nr. top. 207/234, 208/235, 212/238, 214/240, 215/241, 216/242, 218 st./244 now w przestrzeni 37 morgów 509⁴/₆ sążni kwadratowych się składającéj a po odtrąceniu zabudowań pod nr. d. 23 i 12 morgów 961 sążni gruntu w posiadaniu Franciszka Krukowskiego zostających, właściwie tylko do gruntu w przestrzeni 24 morgów 1148⁴/₆ sążni prawo sobie roszczą, żeby ze swoją pretensyą w ciągu trzech lat, to jest najdaléj do 24 stycznia 1869 r. przeciw funduszowi indemnizacyjnemu Galicyi zachodniéj a raczéj przeciw c. k. Prokuratoryi skarbowéj w Krakowie, w zastępstwie tegóż funduszu przed c. k. Sądem krajowym w Krakowie wystąpili, gdyż w przeciwnym razie ta rustykalna posiadłość po upływie wspomnionego w drodze publicznéj licytacyi sprzedaną, a otrzymana przy téjże kwota na rzecz funduszu indemnizacyjnego w perceptę wziętą zostanie.

Z c. k. Dyrekcyi funduszu indemnizacyjnego dla Galicyi zachodniéj.

Kraków, 23 stycznia 1866.

L. 23686. **Edykt.** (83. 3)

C. k. Sąd krajowy niniejszém wiadomo czyni, iż na żądanie ks. Sylwestra Grzybowskiego kanonika katedralnego Krakowskiego, wprowadzone zostało postępowanie amortyzacyjne względem 16 kuponów od obligacyi indemnizacyjnéj Galicyi zachodniéj nr. 2263 na 500 złr. w. a., z których pierwszy dnia 1 maja 1866, zaś ostatni dnia 1 listopada 1873 płatny, a które ks. Sylwestrowi Grzybowskiemu skraść miano w dniu 8 grudnia 1865.

Wzywa się zatém wszystkich, którzyby do owych kuponów jakowe prawa sobie rościli, aby w zakresie 3 lat od dnia płatności każdego kuponu swoje prawa tém pewniéj wykazali, ile że w razie przeciwnym, po upływie tego czasu owe kupony za nieważne uznane zostaną.

Kraków, dnia 30 grudnia 1865.

L. 888. **Edykt.** (88. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. D. (Dawida) Tynberga, że przeciw niemu pod dniem 15 stycznia 1866 do l. 888 p. A. Eibenschütz o zapłacenie sumy wekslowéj 225 złr. w. a. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu wydanym został pod dniem 16 stycznia 1866 l. 888 nakaz zapłaty sumy wekslowéj 225 złr. w. a. z procentem po 6% od dnia 1 września 1865, tudzież kosztów w kwocie 9 złr. 21 kr. w. a., a to w przeciągu dni trzech pod rygorem egzekucyi wekslowéj, w którym to terminie także pozwany zarzuty, jeżeliby miał jakie do sądu wnieść ma.

Gdy miejsce pobytu pozwanego D. Tynberga jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego D. Tynberga, jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z Rady c. k. Sądu krajowego.

Kraków, dnia 16 stycznia 1866

L. 19623. **Obwieszczenie.** (87. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Kazimierz hr. Jabłonowski na dniu 23 października 1865 l. 16468 na zasadzie oświadczenia Wincentego Krzyszkowskiego prosił o wykreślenie ciężarów n. 77 on. z przyn. ze stanu biernego dóbr Wiśniowy.

Ponieważ pobyt Tauby Schleicher jest niewiadomy, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebespieczeństwo zapozwanéj tutejszego p. adw. Dra. Rosenberga z substytucyą p. adw. Dra. Hoborskiego na kuratora, który na powyższe podanie oświadczyć się ma.

Tym edyktem przypomina się Taube Schleicher, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sama osobiście stawiła, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzieliła, lub też innego obrońcę obrała i tutejszemu Sądowi oznajmiła, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyła, inaczéj z jéj opóźnienia wynikające skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 21 grudnia 1865.

L. 24399. **Edykt.** (90. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Tadeusza hr. Morstina i p. Sabinę hr. Morstinową, że przeciw nim obojgu p. Władysław Rozwadowski o sumę wekslową 4050 złr. w. a. pochodzącą z wekslu dto. Kraków, 3 grudnia 1863 na 4050 złr. pod dniem 23 grudnia 1865 l. 24390 wniósł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu przeciw hr. Tadeuszowi Morstinowi i hr. Sabinie Morstin nakaz zapłaty téj sumy wekslowéj 4050 złr. w. a. z przyn. pod dniem 28 grudnia 1865 l. 24390 wydanym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych Tadeusza hr. Morstina i Sabiny hr. Morstin nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego p. adwokata Dra. Altha kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, 28 grudnia 1865.

Ad N. 24. **Kundmachung.** (73. 3)

Zur Sicherstellung des Bedarfes von 4000 Maß doppelt raffinirtes Ripsöl in dem Zeitabschnitte vom 1. Februar bis Ende August 1866 wird bei diesem k. k. Berg- und Hüttenamte am 31. Jänner l. J. eine neuerliche Licitation abgehalten werden.

Die mit dem 10% Reugelde versehenen Lieferungsanbote müssen längstens bis zum 31. Jänner 1866 Mittags 12 Uhr hieramts eingebracht werden.

K. k. Berg- und Hüttenamt.

Swoszowice, am 13. Jänner 1866.

Z. 101. **Kundmachung.** (76. 3)

Der im Saybuscher Bezirke gelegenen Pfarrgemeinde Jeleśnia wurde die Abhaltung der Wochenmärkte an jedem Donnerstage bewilligt, und es wird der erste Wochenmarkt allda, schon Donnerstags am 18. Jänner 1866 abgehalten werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

K. k. Bezirksamt.

Saybusch, am 8. Jänner 1866.

N. 12450. **Concurs.** (77. 3)

Zu besetzen die Postexpedientenstelle in Jezierzany gegen Dienstvertrag und Cautionserlag von 200 fl.

Jahresbestallung 100 fl. Amtspauschale 24 fl. jährlich, Botenpauschale für die Unterhaltung täglicher Botenfahrten zwischen Jezierzany und Borszczów 420 fl.

Bewerber haben ihre Gesuche unter Nachweisung namentlich der Vermögensverhältnisse und des Besitzes eines zur Ausübung des Postdienstes geeigneten Locales längstens binnen vier Wochen bei der Post-Direction in Lemberg einzubringen.

Bei sonst gleichen Verhältnissen wird auf jene Bewerber reflectirt werden, welche die Stelle für ein geringeres als das oben angegebene Botenpauschale anzunehmen bereit sind.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 14. Jänner 1866.

N. 393. **Edykt.** (82. 2-3)

Odnośnie do obwieszczenia tutejszo-sądowego z dnia 23 listopada 1865 l. 17652 w sprawie Dra. Adama Morawskiego przeciw p. Maryi Ochockiéj pto. 1691 złr. w. a. z przyn. czyni się wiadomo, iż dobra Budzyń na trzecim terminie licytacyjnym 12 lutego 1866 niżéj wartości szacunkowéj, lecz nie niżéj sumy 8000 złr. w. a. sprzedane zostaną.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 11 stycznia 1866.

L. 4679. **Edykt.** (91. 1-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako instancyą pertraktacyjną podaje się do wiadomości, że Bartłomiéj Cenculak, z pod nr d. 85 w Staréмbystrém w dzień 5 września 1864 ze zostawieniem kodycylarnego ostatniéj woli rozporządzenia, pomarł, mocą którego także swego syna Melchiora Cenculak i swego wnuka Wojciecha Cenculaka, syna przedumarłego Jana Cenculaka za spadkobiercę wyznaczył. Ponieważ obecny pobyt tego Melchiora i Wojciecha nieznajomy jest, wzywają się mocą tego edyktu ci spadkobiercy, aby przed upływem jednego roku od dnia dzisiejszego w tym Sądzie zgłosili się i zgłoszenie do objęcia tego spadku złożyli, albowiem w przeciwnym razie to spadkowanie z spadkobiercami zgłoszonemi się i z zastępcą nieobecnych ukończone będzie.

Nowy Targ, dnia 19 grudnia 1865.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tage von	bis
24	2	332''' 19	+ 2°6	87	West schwach	trüb			
	10	32 07	+ 1,8	96	West mittel	„	Regen	+1°6	+2°8
25	6	32 92	+ 1,4	96	Nord-Nord-Ost schw.	heiter mit Wolken			

Ich erkläre hiemit, daß jeder im In- und Auslande auf meinen Namen ausgestellte Wechsel falsch ist.

(92. 1-3) ***Mayer Pamm.***

Wiener Börse-Bericht

vom 23. Jänner.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	59.20	59.30
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	67.15	67 25
vom April — October	66.90	67.10
Metalliques zu 5% für 100 fl.	63 —	63 20
dito „ 4½% für 100 fl.	56.—	56 25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	145.—	146.—
„ 1854 für 100 fl.	78 —	78.50
„ 1860 für 100 fl.	92 80	93 —
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	78.—	78.10
„ „ „ „ zu 50 fl.	— —	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16 25

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	82.—	83.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	81.—	82 —
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	70.—	70.50
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	68.50	69.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	70.—	71.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.75	68.25
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	63 80	64.2
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	67.—	67 50

Actien (pr. St.)	Geld	Waare
der Nationalbank	760.—	762 —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	151 80	151.90
der Niederöst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	581.—	583 —
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1585.	1587.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	172.—	172.20
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	174.75	175.25
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	120.—	120 50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	169.60	169 80
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	84.—	85.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	151.—	152.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	111.—	112.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147 —
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	455.—	459 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	217.—	219 —
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	375.—	385.
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	—.—	360 —

Pfandbriefe	Geld	Waare
der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.50
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.40	92 60
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.10	88.30
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	66.75	67.50

Lose	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	116.—	116 50
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	78.—	78.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	108.50	109 50
„ „ „ zu 50 fl. CM.	47.25	47 75
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	22.50	23.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	76.—	79 —
Salm zu 40 fl. „	26.—	26 25
Palffy zu 40 fl. „	22.50	23 —
Clary zu 40 fl. „	23.25	23.75
St. Genois zu 40 fl. „	22.—	22.25
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.25	15 75
Waldstein zu 20 fl. „	19.—	19 25
Keglevich zu 10 fl. „	12.—	12.50
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 6%	88.—	88 10
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5½%	88. —	88 10
Hamburg, für 100 M. B. 6%	78.40	78.50
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	104.50	104 90
Paris, für 100 Francs 5%	41.75	41.80

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	— —	— —	4 99	5 —
„ vollw. Dukaten	— —	— —	4 99	5 —
Krone	— —	— —	— —	— —
20 Francstücke	8 43	8 44	8 44	8 45
Russische Imperiale	— —	— —	8 65	8 67
Silber	— —	— —	104 60	104 70

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**